

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Andere Parteien
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Eperon, Lionel
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Eperon, Lionel; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Andere Parteien, 1990 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Aussenpolitik	1
Beziehungen zur EU	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
Suchtmittel	1
Soziale Gruppen	1
Kinder- und Jugendpolitik	1
Alterspolitik	2
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	2
Parteien	2
Andere Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
SAG	Schweizer Allianz Gentechfrei
OFRA	Organisation für die Sache der Frau

UE	Union européenne
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
StopOGM	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
OFRA	Organisation pour la cause des femmes

Allgemeine Chronik

Aussenpolitik

Beziehungen zur EU

Craignant que les partis n'occultent la question européenne durant la campagne des prochaines élections fédérales, le mouvement **Renaissance Suisse-Europe** s'est constitué en parti politique et présentera, en octobre 1995, des candidats dans une dizaine de cantons.¹

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Medizinische Forschung

Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).²

Suchtmittel

Die **bürgerlichen Parteien** – mit Ausnahme der rechtsbürgerlichen FP, SD und EDU, welche die Initiative einhellig unterstützten – zeigten sich allesamt **gespalten**. Die SVP, vor allem der Zürcher Flügel um Nationalrat und Mitinitiant Bortoluzzi, stellte sich hinter die Initiative, die Sektionen der Kantone Bern, Thurgau und Graubünden bekämpfte sie. Auch die Liberalen traten in beiden Abstimmungskomitees auf, die Waadtländer Leuba und Sandoz bei den Initianten, der Basler Eymann bei den Gegnern. Unter den Befürwortern figurierten auch einige FDP-Nationalräte, namentlich der Neuenburger Frey sowie die Luzerner Aregger, Theiler und Tschuppert. Bei der CVP stellte sich nur gerade ein alt Ständerat (Kündig, ZG) hinter das Volksbegehren.³

Soziale Gruppen

Kinder- und Jugendpolitik

Am Pfingstmontag wurde im Kanton Solothurn die **Schweizerische Partei für Kind und Gemeinschaft** aus der Taufe gehoben. Die 17 Initianten, die sich selber als politische Newcomer bezeichneten, führten als Begründung für ihren Schritt ihre persönliche Betroffenheit an und den Umstand, dass Kinder heute weder ein Mitspracherecht noch eine wirklich starke Lobby haben. Die Partei will sich für eine grössere finanzielle Unterstützung der Eltern durch den Staat, für verstärkte Verkehrssicherheit und für bessere schulische Bedingungen stark machen.⁴

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
DATUM: 07.09.1994
LIONEL EPERON

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.05.1992
MARIANNE BENTELI

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.08.1997
MARIANNE BENTELI

PARTEICHRONIK
DATUM: 09.06.1990
MARIANNE BENTELI

WAHLEN
DATUM: 08.07.1991
MARIANNE BENTELI

Alterspolitik

Im Kanton Zürich beteiligten sich die **Grauen Panther** erstmals an Nationalratswahlen und erzielten auf Anhieb 1,7% der Stimmen, womit sie nur knapp einen Sitz verpassten. Nach Basel und Zürich bildete sich neu auch in Bern eine Sektion dieser Vereinigung, die überall dort mitreden will, wo es um die Anliegen älterer Menschen geht.⁵

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Andere Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.06.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Eine **neue nationale, konfessionell unabhängige Parteiorganisation**, die «Partei für Kind und Gemeinschaft» (PKG), ist von 17 Einzelpersonen im Kanton Solothurn gegründet worden. Die neue Partei will sich für eine Vereinheitlichung des schweizerischen Schulsystems, für eine einheitliche Regelung der Kinderzulagen sowie für verbesserte Sozialzulagen und Steuerabzüge für Familien und Alleinerziehende einsetzen. Aber auch Verbesserungen in den Bereichen Wohnungsbau, öffentlicher Verkehr und Umweltschutz werden angestrebt, um ein möglichst kinderfreundliches Umfeld zu schaffen.⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.06.1994
EVA MÜLLER

Vertreter der Demokratisch-Sozialen Partei (DSP) aus den **Kantonen Basel-Stadt und Graubünden sowie der Parti Social-démocratique aus Freiburg** gründeten die Demokratisch-Soziale Partei der Schweiz (DSP). Neue Kantonalparteien sollen sich vor allem in den Kantonen Baselland, Zürich, Schaffhausen und Waadt konstituieren. Die DSP versteht sich als «**Links-Mitte-Partei**» und als Alternative zur SP, aus der sich die drei Gründerparteien abgespalten hatten.⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.1994
EVA MÜLLER

Eine gleichnamige, nationale Partei gründete der European Kings Club (EKC). Es handelt sich beim EKC um eine Investmentgesellschaft, die in Strafuntersuchungen wegen Finanzbetrügereien verstrickt ist. Die neue Partei soll die **rechtlichen und finanziellen Interessen der Gesellschaft auf politischer Ebene vertreten**. In Schwyz und Uri wurden zwei EKC-Kantonalparteien aus der Taufe gehoben.⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 12.12.1994
EVA MÜLLER

In Obwalden wurde von teilweise ehemaligen CVP-Parteimitgliedern die Christlich-konservative Volkspartei (CKP) gegründet, da die **CVP ihrer Meinung nach dem christlichen Anspruch nicht mehr gerecht werde**. Im Parteiprogramm sprach sich die neue Partei etwa gegen Abtreibung, Verhütungsmittel und Drogenkonsum aus; sie will Wertezwischenfall und Orientierungslosigkeit der Gesellschaft bekämpfen. Integrationspolitisch beschreitet sie einen der Zürcher SVP analogen Kurs. Zum Parteipräsidenten wurde Lukas Brühwiler gewählt.⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.07.1995
EVA MÜLLER

Die Christlich-konservative Volkspartei (CKP), die 1994 aus der Taufe gehoben worden war, gründete in den **Kantonen Aargau, Luzern, Thurgau und Zürich** unter dem Namen Katholische Volkspartei weitere Sektionen. Die Partei trat unter anderem gegen Abtreibung und Konventionalscheidung, Feminismus, eine liberalisierte Drogenabgabe, die Neat und den EU-Beitritt an, forderte aber die Einführung des Schulgebets. Bei den eidgenössischen Wahlen erreichte die KVP in Aargau 0,7% und im Thurgau 1,4% der Stimmen.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.11.1996
EVA MÜLLER

Einige christlichsoziale Gruppierungen **beschlossen auf 1997 die Gründung einer von der CVP unabhängigen Nationalpartei**, der Christlichsozialen Partei der Schweiz (CSP), um durch eine Bündelung der christlichsozialen Kräfte ein Gegengewicht zu einem Rechtsrutsch der CVP zu setzen. Die Initiatorin der neuen Partei, die CSP Jura sowie die drei weiteren am Beschluss beteiligten CSP-Kantonalparteien (Luzern, Freiburg, Stadt Zürich) gehören schon heute nicht der CVP an. Bereits 1976 wurde eine unabhängige Christlichsoziale Partei gegründet, allerdings erfolglos. Der einzige CSP-NR, Hugo Fasel

(FR), mochte sich zur Parteigründung nicht festlegen und betonte, dass er an den Vorbereitungsarbeiten nicht teilgenommen habe¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.12.1996
EVA MÜLLER

In der Katholischen Volkspartei (KVP) kam es zu einem parteiinternen Zwist **um Mitglieder mit sektiererischem Hintergrund**. Mehreren Anhängern von Endzeit-Sekten und dem umstrittenen Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM), die in den Parteigremien Einsitz genommen hatten, wurde vorgeworfen, die Partei unterwandern zu wollen. Diese Mitglieder wurden zwar abgesetzt, trotzdem warf die Zürcher KVP der Mutterpartei weiterhin Nähe zum VPM vor und spaltete sich von ihr ab.

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.01.1997
EVA MÜLLER

Im Januar **löste sich als letzte verbleibende Sektion der Progressiven Organisationen Schweiz (POCH) die Progressive Organisation Basel (POB) auf**. Diese hatte ihre Auflösung zwar bereits 1993 beschlossen, doch wollte die zuletzt noch sechsköpfige Progressive Grossratsfraktion die Legislaturperiode noch zu Ende führen. Entstanden war die anfänglich marxistisch-leninistisch orientierte POB 1970 im Nachgang zu den weltweiten Studentenunruhen. Von Basel aus wurde auch die POCH gegründet (1972) und aufgebaut. 1984 wurde die POB zur drittstärksten Partei in Basel.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.02.1997
EVA MÜLLER

Die einzige FRaP!-Vertreterin (Frauen Macht Politik!) im Nationalrat, Christine Goll, verliess die Frauengruppierung, **weil sie ihr auf nationaler Ebene keine Chancen mehr einräumte**. Im Nationalrat gehörte Goll bereits bisher der SP-Fraktion an.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.10.1997
EVA MÜLLER

Wie im letzten Jahr angekündigt, **gründeten** die CSP-Kantonalparteien Freiburg und Jura sowie die freie CSP des Kantons Luzern und die freie CSP der Stadt Zürich eine von der **CVP unabhängige Christlich-soziale Partei der Schweiz (CSP)**. Prominenteste Mitglieder der neuen Partei, die von einem vierköpfigen Gremium geleitet wird, sind der Nationalrat Hugo Fasel (FR) und der Zürcher Stadtrat Willy Küng. Die CSP will sich links von der CVP mit christlichem Hintergrund für sozial und ökologisch ausgerichtete politische Lösungen einsetzen. Die CVP zeigte sich verärgert über den Namen der neuen Partei, da es eine CSP bereits innerhalb der CVP gibt, der 14 kantonale Gruppierungen angehören (u.a. auch eine CSP Luzern). Von einer «Abspaltung» mochte sie nicht sprechen, da diese vier Parteien schon bisher ausserhalb der CVP gestanden hätten.

Im Wallis trat der welsche christlich-soziale Flügel der CVP aus der Kantonalpartei aus und formierte sich als Parti chrétien-social du Valais romand (PaCS). Er beantragte Mitgliedschaft sowohl bei der CVP als auch der CSP Schweiz.¹⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.04.1998
URS BEER

Das grün-alternative Demokratische Obwalden **löste sich anfangs 1998 auf und formierte sich als SP-Sektion neu**. Die Umbenennung zahlte sich bei den Kantonsratswahlen mit zwei Sitzgewinnen aus. Die Engelberger Ortssektion hatte den Übertritt zur SP abgelehnt und **blieb als Demokratisches Engelberg unabhängig**. Auch sie war bei den Wahlen mit einem Sitzgewinn erfolgreich.¹⁵

WAHLEN
DATUM: 25.10.1998
URS BEER

Bei den **kantonalen Wahlen** gehörten grün-alternative und kleine Linksparteien neben der GP **zu den eigentlichen Wahlgewinnerinnen**. Im Kanton Zug legten die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) und weitere alternative Gruppierungen um vier Parlamentssitze (neu 7) zu, während das Demokratische Nidwalden mit zwei zusätzlichen Parlamentssitzen (8) sowie einem Regierungsratssitz belohnt wurde.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 09.11.1998
URS BEER

Ein Komitee **«Pro Familie und Ehe»**, dem vor allem Mitglieder der Katholischen Volkspartei Schweiz (KVP) angehörten, ergriff das Referendum gegen das revidierte Scheidungsrecht. Das Referendumskomitee, an dessen Spitze KVP-Präsident Lukas Brühwiler stand, begründete diesen Schritt damit, dass das neue Gesetz einen Angriff auf den Kern von Ehe und Familie darstelle. Das Referendum kam allerdings **mit bloss 30'000 gesammelten Unterschriften nicht zustande**. Ferner unterstützte die KVP das Referendum gegen die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes; sie stiess sich an

der Abschaffung der Viertelsrente. Parteipräsident Brühwiler wurde am Parteikongress der KVP in Olten für **zwei weitere Jahre im Amt bestätigt**.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.11.1998
URS BEER

Ende Oktober wurde die Internet-Partei gegründet. Sie unterscheidet sich von herkömmlichen Parteien darin, dass sie **kein fertiges Parteiprogramm besitzt**. Statt dessen werden die **Parteithemen im Sinne einer «elektronischen Landsgemeinde» online von den einzelnen Mitgliedern bestimmt** und entsprechend politisch umgesetzt. Wie der Vorstand bekanntgab, ist die Partei politisch neutral, will aber dennoch aktiv in die politische Diskussion in der Schweiz eingreifen. Sie bekundete die Absicht, sich an kantonalen wie an nationalen Wahlen zu beteiligen.¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.12.1998
URS BEER

Die **bisher lose strukturierte Bewegung** Frauen macht Politik! (FraP) vollzog an ihrer Vollversammlung vom 7. Dezember die Gründung zu einer Partei. Mit dieser Massnahme soll der **Vorstand gestärkt, verbindliche Strukturen geschaffen** sowie das Handlungsfeld auf **wenige Themen konzentriert** werden. Die FraP hatte zu diesem Zeitpunkt je einen Sitz im Zürcher Kantons- und Gemeinderat (Legislative) inne.¹⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.10.1999
DANIEL BRÄNDLI

Von der Internetpartei Schweiz, die sich vor einem Jahr als «politisch-neutrale» Bewegung der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, **war im Wahljahr wenig zu hören**. Mit Diskussionsforen übers Internet wollte die Partei ihren Beitrag zu einer fundierten politischen Diskussion leisten. Laut Parteipräsident Guido Honegger fehlte allerdings die politische Mitte in diesen Foren; die Diskussionen wurden beherrscht von teils anonymen **Voten von ganz links und ganz rechts**. Die Mitgliederzahl blieb mit rund 500 sehr bescheiden. Die erhofften Sponsoren aus der Informatikbranche blieben ebenfalls aus. Als Honegger sich schliesslich im Aargau auf eine CVP-Liste für die Nationalratswahlen setzen liess, versetzte er laut Beobachtern seiner Partei den Todesstoss. Die **Internet-Homepage und der Telefonanschluss** des Parteisekretariats **waren Ende Jahr verwaist**.¹⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.11.2002
MAGDALENA BERNATH

Ehemalige Mitglieder der Genfer und der Waadtländer Linkspartei Solidarités gründeten den **"Mouvement pour le socialisme"**, welcher sich gegen Globalisierung und Kapitalismus richtet.²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Nach der Zürcher Gruppierung "Frauen macht Politik (FraP!) löste sich Ende Jahr auch die Frauenliste Basel (FraB) auf. Damit gibt es **praktisch keine feministischen Frauenparteien mehr** in der Schweiz; nur noch in St. Gallen sitzt eine Frauenpartei-Vertreterin im Stadtparlament.²¹

WAHLEN
DATUM: 31.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Im Kanton Jura eroberten die **Christlichsozialen** ihren 1994 verlorenen **Regierungssitz** wieder zurück.

WAHLEN
DATUM: 31.12.2003
MAGDALENA BERNATH

Das **Freie Forum**, bis anhin nur im Kanton Zürich tätig, beabsichtigt, sich in der ganzen Schweiz zu etablieren, obschon es ihm nicht gelungen war, den Sitz seines Präsidenten Roland Wiederkehr (**ehemals Idu**) im Nationalrat zu halten. Die Schwerpunkte des Freien Forums liegen bei den Themen Gesundheit, Natur und Umwelt, Migration, Kinder und Jugend, Geschlechterfragen, Wirtschaft und Arbeit sowie Verkehr und Sicherheit.²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.12.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Blaise-Alexandre Le Comte, ehemaliger Präsident der Genfer Liberalen, gründete im Dezember eine neue kantonale Partei, **„La Droite libérale“**.²³

WAHLEN
DATUM: 31.12.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die von der CVP unabhängigen **Christlichsozialen** brachen bei den kantonalen Parlamentswahlen in Freiburg von zehn auf vier Sitze ein. In Obwalden, wo sich die CSP 2002 von der CVP getrennt hatte, musste sie sich erstmals in kantonalen Wahlen bewähren. Sie konnte mit einem Stimmenanteil von 17% zehn der 55 Parlamentssitze erobern und ihre beiden Regierungsmandate behalten. Im Jura verteidigte Laurent Schaffter ebenfalls den christlichsozialen Regierungssitz; im Parlament erhöhte die CSP ihre Sitzzahl auf neun (+1). Die CSP Schweiz unterstützte einstimmig die linke Kosa-Initiative und alle vom Parlament beschlossenen Vorlagen mit Ausnahme der Asyl- und Ausländergesetze.²⁴

WAHLEN
DATUM: 21.10.2007
SABINE HOHL

Die **CSP erreichte erneut einen Sitz im Nationalrat** (Fasel, FR), dies bei einem Stimmenanteil von 0,4%.

WAHLEN
DATUM: 21.10.2007
SABINE HOHL

Die **Lega dei Ticinesi** konnte bei den kantonalen Wahlen im Tessin einen Erfolg verbuchen. Der Lega-Staatsrat Marco Borradori wurde glänzend wiedergewählt und im Kantonsparlament gewann die Partei vier Sitze hinzu. Der Präsident der Lega, Giuliano Bignasca, hatte sich zuvor mit einem Hilferuf an die Wählerinnen und Wähler gewandt. Nach den eidgenössischen Wahlen schloss sich der wiedergewählte Lega-Nationalrat Attilio Bignasca der SVP-Fraktion an.²⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2007
SABINE HOHL

Die **Grünliberalen**, die bisher nur im Kanton Zürich nach einer Abspaltung von der dortigen Grünen Partei existiert hatten, gründeten im Juli eine nationale Partei. Nationalrat Martin Bäumle (ZH) wurde ihr erster Präsident. Im April hatten die Grünliberalen im Zürcher Kantonsrat auf Anhieb 10 Sitze erreicht, woraufhin in verschiedenen Kantonen die Gründung einer Grünliberalen Partei angestrebt wurde. Die nationale Partei bestand zunächst nur aus den zwei Sektionen Zürich und St. Gallen und stellte auch nur in diesen Kantonen Kandidaten für die Nationalratswahlen auf. Im Herbst wurden in den Kantonen Bern und Basel-Landschaft weitere grünliberale Sektionen gegründet. Die Leitlinien der GLP Schweiz beruhen auf denjenigen der Zürcher Kantonalpartei. Die Grünliberalen streben eine lösungsorientierte Politik an, welche Umweltschutz, Soziales und Wirtschaftsinteressen in Einklang bringen soll. Bei den Nationalratswahlen erreichte die GLP drei Sitze, die sie alle im Kanton Zürich gewann. Die Grünliberalen schlossen sich im Parlament einer **Fraktion mit CVP und EVP** an. In den Kantonen Waadt, Wallis und Neuenburg trat die nicht zur GLP gehörende bürgerliche überparteiliche Formation „Ecologie Libérale“ zu den Nationalratswahlen an.²⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.07.2009
SABINE HOHL

Im Juli wurde die Piratenpartei der Schweiz gegründet. Die hauptsächlich aus unter 30-Jährigen bestehende Partei legt den **Schwerpunkt** auf das **Thema Internet**. Sie fordert einen „freien Datenverkehr“: Der Gratis-Download von Musik und Filmen soll straffrei sein und es soll keine Zensur von Internetseiten erfolgen. Auch gegen ein Verbot von so genannten „Killerspielen“ richtete sich die Partei. Die Piratenpartei kündigte weiter an, sich für den Schutz der Privatsphäre im Internet und gegen Datenspeicherung auf Vorrat einzusetzen.²⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Die im Juli 2009 gegründete **Piratenpartei**, die ihren programmatischen Schwerpunkt beim Thema Internet ansiedelt, freien Musikdownload und ein verbotsfreies Internet fordert, hat im Berichtsjahr an Mitgliedern gewonnen und trat in Bern erstmals auch bei kantonalen Parlamentswahlen an. Die elf Kandidaten – durchwegs Männer – hatten allerdings keine Chance auf einen Sitzgewinn. In vier Kantonen wurden kantonale Sektionen gegründet: In Zürich, in Bern, in den beiden Basel und im Aargau. Einen Erfolg konnte die Partei auf lokaler Ebene verzeichnen. Die Winterthurer Stimmbürger wählten Marc Wäckerlin ins Stadtparlament.²⁸

ANDERESDATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Im Juli wurde in Zürich die **Tierpartei Schweiz gegründet**. Hauptsächliches Thema ist der „verantwortungs- und würdevolle Umgang mit allem Leben“. Die Partei stehe dem grünliberalen Gedankengut nahe. Die Tierpartei will bereits bei den Wahlen 2011 mit eigenen Kandidaten antreten. Im Zusammenhang mit der Tieranwalt-Initiative hatte sich die Gruppierung mit Hilfe des Internet-Netzwerkes Facebook ins Leben gerufen.²⁹

PARTEICHRONIKDATUM: 15.05.2011
MARC BÜHLMANN

Die im **Juli 2010 gegründete Tierpartei**, welche die Bedürfnisse und Interessen von Tieren und den Erhalt derer natürlicher Lebensräume ins Zentrum ihrer politischen Arbeit stellt, trat in vier Kantonen erfolglos zu den Nationalratswahlen (ZH, SO, BE, LU) und mit Barbara Banga-Schaad im Kanton Solothurn auch zu den Ständeratswahlen an. An ihrer ersten Vollversammlung Mitte Mai 2011 in Wallisellen verabschiedete die Partei ihr Programm, in welchem sie sich verpflichtete, Tieren eine Stimme zu geben.³⁰

PARTEICHRONIKDATUM: 27.05.2011
MARC BÜHLMANN

Anfang Mai 2011 wurde die **„Integrale Politik Schweiz“** gegründet. Ziel der rund 550 Mitglieder umfassenden Partei, die aus einem bereits sechs Jahre bestehenden Verein hervorging, sei der Einbezug spiritueller und ethischer Dimensionen menschlichen Handelns in die Politik. Die erste Kantonalsektion wurde Ende Mai im Kanton Freiburg gegründet.³¹

PARTEICHRONIKDATUM: 14.06.2011
MARC BÜHLMANN

Mit einer Plattform und dem Slogan „Sachpolitik statt Parteipolitik“ schlossen sich Anfang Mai 2011 verschiedene Parteilose zusammen. Unter dem Namen **parteifrei.ch** kandidierten sie in einigen Kantonen auch für die nationalen Wahlen. Die Mitglieder der „Partei für Parteilose“, wie die neue Bewegung in den Medien getauft wurde, mussten sich mit der Unterzeichnung einer Charta auf eine gemeinsame Linie verpflichten, mit der Freiheit, Unabhängigkeit und die Solidarität mit Benachteiligten angestrebt werde. In Zürich (Hans-Jakob Heitz) und Bern (Joseph Rothenfluh), trat die Partei – chancenlos – zu den Ständeratswahlen an.³²

ANDERESDATUM: 11.08.2011
MARC BÜHLMANN

In grösseren Kantonen, die im Nationalrat über mehrere Sitze verfügen, treten in eidgenössischen Wahljahren auch immer wieder **neue, auf Partikularinteressen ausgerichtete Interessengruppen** auf. So kandidierte etwa im Kanton Zürich eine Gruppe Konfessionsloser (konfessionslose.ch), die für die strikte Trennung von Staat und Kirche einstehen oder die Anti-Powerpoint-Partei, die sich gegen die Verwendung des besagten Computerprogramms wendet. Einige dieser Kleinstparteien versuchten mit Hilfe von Ständeratskandidaturen auf sich aufmerksam zu machen: so etwa die Partei Solidarische Schweiz (ZH), die Volks-Aktion (BS), die Tierpartei (SO, siehe unten), die Familiä-Partei (AG), MontagnaViva (TI) oder der „Soutien des citoyens jurassiens“ (JU).³³

WAHLENDATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

Die bisher in den Kantonen Zürich, Aargau, Bern und beiden Basel aktive Piratenpartei gründete 2011 auch Sektionen in der Romandie. Im Januar wurde le Parti pirate in Freiburg sowie Genf und im Februar im Kanton Waadt aus der Taufe gehoben. Auch in den Kantonen Luzern, Thurgau und St. Gallen (inklusive AI und AR) wurden im Berichtsjahr Sektionen gegründet. Die Partei, die bisher einen Sitz in einem Stadtparlament innehat (Winterthur) und sich für freien Internet-Zugang in den Bereichen Wissen, Kultur und Medien einsetzt, trat im Berichtsjahr in sieben Kantonen (AG, BE, BS, FR, GE, VD ZH) zu den Nationalratswahlen an. Dank Spenden und Sponsoren stünden rund CHF 50'000.- zur Verfügung, gab der Präsident der Piraten, Denis Simonet, bekannt. Der Wahlkampf konzentrierte sich thematisch auf die Kulturpolitik (Zurückbindung des Urheberrechts). Auch bei den kantonalen Wahlen in Zürich und den kommunalen Wahlen in Lausanne kämpften die Piraten um Parlamentssitze. Allerdings blieben sie – anders als ihre Schwesterpartei in Deutschland, die bei zahlreichen regionalen Wahlen Erfolge feierte – auch auf subnationaler Ebene ohne Mandate. Die Partei, die Ende August eine Parteiversammlung abhielt, bestand Ende 2011 aus rund 1'400 Mitgliedern.³⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 10.06.2012
MARC BÜHLMANN

An ihrem Parteitag Mitte Juni in Aarau wagten sich die Piraten in noch wenig vertraute Gefilde. Sie veröffentlichten ein Communiqué zur **Europapolitik**, in welchem sie eine direktdemokratisch organisierte EU fordern, in der jeder Staat das gleiche Gewicht erhält. Zudem müsse die EU-Exekutive demokratisch legitimiert werden. Erst zu einer derart organisierten EU könne die Schweiz dereinst beitreten.³⁵

PARTEICHRONIK

DATUM: 25.07.2012
MARC BÜHLMANN

Nach eigenen Angaben umfasste die Partei Anfang 2012 rund 1'800 Mitglieder in zehn Sektionen. Im Berichtsjahr kam es an der **Parteispitze** zu einem Wechsel. Der bisherige Präsident und Gründer der Piraten, Denis Simonet, machte dem 30-jährigen Zürcher Thomas Bruderer Platz, der Anfang März an der Delegiertenversammlung in Visperterminen gewählt wurde.³⁶

WAHLEN

DATUM: 25.09.2012
MARC BÜHLMANN

Bisher hatten die Piraten einen Mandatsträger im Grossen Gemeinderat von **Winterthur** (Marc Wäckerli). Neu hinzu kam der in **Eichberg** (SG) zum Gemeindepräsidenten gewählte Alex Arnold. Die Piraten selber zeigten sich überzeugt davon, dass ihnen grössere Durchbrüche noch gelingen werden. Themen wie Videoüberwachung, Datenschutz und Internetkriminalität, zu denen die Piraten einiges zu sagen hätten, würden zusehends wichtiger.³⁷

WAHLEN

DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Die Piratenpartei trat zwar bei vier im Berichtsjahr stattfindenden kantonalen Gesamterneuerungswahlen an, hatte jedoch **keine Chance auf einen Wahlerfolg**. Nur im Kanton Basel-Stadt erhielt die Partei mehr als ein Wählerprozent. In den Kantonen Aargau, St. Gallen und Waadt blieb sie deutlich unter dieser Grenze.

PARTEICHRONIK

DATUM: 24.02.2013
MARC BÜHLMANN

Zu einem Eklat kam es am Schweizer Piratenkongress Ende Februar in Aarau. **Parteipräsident** Thomas Bruderer trat als Vorsitzender zurück, weil die rund 60 anwesenden Piraten einen Vorschlag Bruderers zur Einführung von Delegiertenversammlungen ablehnten. Alexis Roussel übernahm die Partei ad interim. Bruderer war erst vor einem Jahr zum Kapitän bestimmt worden.³⁸

PARTEICHRONIK

DATUM: 03.08.2013
MARC BÜHLMANN

Auch im Berichtsjahr blieb die Piratenpartei **ohne Wahlerfolge**. In den Kantonen Genf und Wallis stachen die Piraten für die Parlamentswahlen in See. Alexis Roussel, der Präsident der Piratenpartei Schweiz, kandidierte zudem erfolglos für die Genfer Exekutivwahlen. Auch hinsichtlich der Zahl der Mitglieder wurden die gesteckten Ziele nicht erreicht. Innerhalb eines Jahres konnten lediglich 200 neue Mitglieder verzeichnet werden. Die Partei umfasste Ende Berichtsjahr rund 2'000 Piraten.³⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 27.08.2013
MARC BÜHLMANN

Auf sich aufmerksam machte die Piratenpartei bei einer **Protestaktion** in Bern. Gegenüber der amerikanischen Botschaft demonstrierten die Piraten gegen die Datensammlungen des amerikanischen Geheimdienstes NSA.⁴⁰

BUNDESRAATSGESCHÄFT

DATUM: 06.03.2014
MARC BÜHLMANN

Die **Piraten** waren Teil des Komitees, welches das **Referendum gegen das Fatca-Abkommen** mit den USA lanciert hatte. Allerdings konnten nur rund 30'000 der verlangten 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Parteipräsident Roussel sprach dennoch von einer guten Erfahrung, weil man gemerkt habe, wie viel Aufwand die Unterschriftensammlung für eine kleine Partei bedeute.⁴¹

ANDERES

DATUM: 08.03.2014
MARC BÜHLMANN

Anfang März wurde Alexis Roussel im Amt als Präsident der **Piraten** bestätigt. Roussel hatte das Amt ad interim vom ehemaligen Gründer der Schweizer Partei und Ex-Präsidenten, Thomas Bruderer, übernommen. Bruderer hatte die Partei 2013 verlassen und das Projekt als gescheitert bezeichnet. Im Vorstand bestätigt wurde auch Marc Wäckerlin (ZH). Die drei restlichen **Vorstandsmitglieder** wurden ebenfalls an der Generalversammlung im März gewählt: Guillaume Saouli (VD), Kilian Brogli (AG) und Jorgo Ananiadis (BE). Die Partei wies 2014 rund 1'240 Mitglieder auf.⁴²

ANDERES

DATUM: 05.04.2014
MARC BÜHLMANN

Eine Niederlage mussten die **Piraten** auf lokaler Ebene einstecken. Der erste Gemeindepräsident der Piraten, **Alex Arnold**, der der Gemeinde Eichberg (SG) vorsteht, trat aus der Partei aus und wechselte zur CVP. Arnold bedauerte den Schritt: Er habe nicht die Zeit, die nötige Aufbauarbeit in der Piratenpartei mitzutragen, und eine Mitgliedschaft bei den Piraten wäre seinem Ziel, ins kantonale Parlament einzuziehen, nicht förderlich. Damit verfügten die Piraten nur noch über einen einzigen Lokalpolitiker, nämlich Vizepräsident Marc Wäckerlin im Winterthurer Parlament.⁴³

BUNDESRATSGESCHÄFT

DATUM: 19.09.2014
MARC BÜHLMANN

Viel Energie wendeten die **Piraten** im Berichtjahr für den Kampf gegen das neue Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (**Büpf**) auf. Insbesondere bei der Diskussion um die so genannten Staatstrojaner und die Speicherung von Verbindungsdaten erhofften sich die Piraten, dass sie als Spezialisten einen Einfluss auf die politische Debatte ausüben könnten und stärker wahrgenommen würden.⁴⁴

GERICHTSVERFAHREN

DATUM: 17.12.2014
MARC BÜHLMANN

In Zürich und im Kanton Zug wehrte sich die **Piratenpartei** erfolglos gegen die dort angewendeten **Wahlhürden**. Die Beschwerde gegen die 3-Prozent-Hürde im Kanton Zug wurde vom Bundesgericht abgewiesen, was auch die Beschwerde in der Stadt Zürich gegen die 5-Prozent-Hürde obsolet machte (vgl. auch Kapitel 1e).⁴⁵

WAHLEN

DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

In Zug, einem der acht Kantone, in denen 2014 Gesamterneuerungswahlen für das Parlament durchgeführt wurden, traten die **Piraten** für die **Parlaments- und die Regierungswahlen** an. Die Kandidierenden konnten allerdings nicht in die Entscheidung eingreifen; bei den Parlamentswahlen wurde die 3-Prozent-Hürde deutlich verpasst. Auch bei den kommunalen Wahlen in der Stadt Zürich blieb ein Erfolg deutlich aus. Immerhin konnte die Partei den einzigen Sitz im Winterthurer Parlament halten: Marc Wäckerlin wurde deutlich bestätigt und die Verdoppelung des Wähleranteils reichte nur knapp nicht für ein zweites Mandat. Ein Sitz in der Stadtregierung, für den sich die Piraten sowohl in Zürich als auch in Winterthur bewarben, wurde allerdings deutlich verpasst.⁴⁶

1) NQ, 7.11.94.

2) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.

3) Bund, 7.8.97; NZZ, 9.8.97; BZ, 27.8.97; Presse vom 30.8.97, SoZ, 27.4. und 10.8.97

4) Bund, SGT und TW, 9.6.90.

5) LNN, 8.7.91; 24 Heures, 27.7.91; TA, 21.10.91; BZ, 2.12.91.

6) SZ vom 12.3.90; NZZ und JdG vom 9.6.90.

7) NZZ, BaZ, BzZ und Lib., 6.6.94

8) LNN, 24.10.94; TA, 25.10.94

9) NZZ, Bund und LZ, 12.12.94

10) TA, 3.1. und 14.7.95; LNN, 6.3.95

11) Bund, NZZ und QJ, 4.11.96; NZZ, 4.11.96

12) NZZ, 16.1.97; Bund, 17.1.97; TA, 18.1.97

13) NZZ, 27.2.97; WoZ, 28.2.97

14) Presse vom 23.6.97; 24 Heures und NF, 18.10.97

15) NZZ, 23.1.98; NLZ, 26.1., 6.4. und 7.4.98

16) Presse vom 15.7. und 28.7.98; NZZ und TA, 10.10.98; NZZ, 21.7. und 9.11.98

17) AZ, 4.11. und 25.11.98; TA, 25.11.98; NZZ, 26.11.98

18) TA, 9.12.98

19) BaZ, 6.2.99; Ww, 7.10.99

20) WoZ, 14.3.02; LT, 25.4.02; TG, 29.11.02.

21) BaZ, 16.10.02; TA, 31.10. und 30.12.02.

22) NZZ, 21.11.03.

23) LT, 1.12.06; TG, 27.10. und 2.12.06.

24) Siehe dazu SPJ 2002, S. 331. Bei der CSP Schweiz hat die CSP OW Beobachterstatus.

25) Presse vom 3.4.07; SGT, 4.4.07.

26) Kantonsratswahlen in ZH: BZ, 17.4.07. Gründung der Grünliberalen Partei Schweiz: NZZ, 14.7.07; AZ, BaZ und SGT, 20.7.07; AZ, 11.8.07. Gründung in BL: BaZ und NZZ, 27.9.07. Gründung in BE: Bund, 9.10.07. Ecologie libérale: Bund, 21.4.07.

27) BaZ und SGT, 10.7.09; Exp., 11.7.09; NLZ, 14.7.09.

28) NZZ, 11.1.10; Bund, 25.2. und 1.11.10; SGT, 10.4.10; TA, 19.10.10; BAZ, 9.11.10; AZ, 31.12.10.

29) AZ, TA und 24h 26.7.10; TG, 23.8.10.

30) Medienmitteilung Tierpartei vom 15.5.11.

31) Presse vom 7.5.11; Lib., 27.5.11.

32) So-Bli, 12.6.11; SN, 14.6.11.

33) TA, 6.7.11; NZZ, 11.8.11.

34) LT und NZZ, 18.1.11; AZ und BaZ, 29.3.11; TA, 9.5.11; NZZ, 30.5. und 26.8.11; NLZ, 1.10.11; SN, 14.11.11; NLZ, 18.11.11; SGT, 14.11. und 16.11.11.

35) So-Bli, 10.6.12.

36) Bund, 24.2.12; NZZ, 5.3.12; WoZ, 1.3.12; BaZ, 2.7.12; NZZ, 25.7.12.

37) SoZ, 19.2.12; Bund, 24.2.12; AZ, 7.8.12; TA und SGT, 25.9.12.

38) SO, 24.2.13.

- 39) SO, 24.2.13; LT, 3.8.13.
- 40) SO, 30.6.13; TZ, 27.8.13.
- 41) TG, 6.3.14
- 42) TG, 6.3.14; NZZ, 19.9.14
- 43) BaZ, 5.4.14
- 44) NZZ, 19.9.14
- 45) ZGZ, 16.1., 3.4., 29.4., 21.6., 12.7., 14.11., 17.12., 18.12.14
- 46) LZ, 10.3.14; ZGZ, 23.8.14